

Tagesordnung II Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 16. Juli 2015

Antrags-Nr. 15-F-33-0012

Asylbewerber in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 04.02.2015

Die Zahl von Asylbewerbern die nach Wiesbaden kommen ist seit einiger Zeit ansteigend. Für das Jahr 2015 rechnet der Magistrat mit über 1000 neuen Asylbewerbern. Deren Aufenthaltsstatus ist dabei sehr unterschiedlich. Während Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern oder Drittstaaten möglicherweise nicht dauerhaft in Deutschland bleiben, werden andere aufgrund von Krieg und Verfolgung langfristig in Wiesbaden leben. Unabhängig von der erwarteten Aufenthaltsdauer sollten Asylbewerber von Anfang an die Chance zur Integration bekommen. Die zentralen Schlüssel zur Integration sind die deutsche Sprache sowie schulische und berufliche Qualifikationen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache stehen für Asylbewerber
 - a) im Vorschulalter
 - b) im schulpflichtigen Alter
 - c) ab Jahrgangsstufe 8 bis zum Ende der Schulpflicht
 - d) jenseits des schulpflichtigen Alters zur Verfügung?
2. Welche Angebote zur Betreuung von Asylbewerbern im Kindergartenalter gibt es?
3. Wie wird die Beschulung von schulpflichtigen Asylbewerbern geregelt und wie viele Plätze für schulpflichtige Asylbewerber stehen an Wiesbadener Schulen zur Verfügung?
4. Welche Angebote zur Anerkennung vorhandener Bildungsabschlüsse und zur Berufsberatung und -vermittlung sind für Asylbewerber vorhanden?
5. Welche Chancen zur Arbeitsaufnahme haben Asylbewerber in Wiesbaden und welche neuen Möglichkeiten bieten sich nach den Neuregelungen bei ‚Beschäftigungsverbot‘ und ‚Vorrangprüfung‘ durch den Bundesgesetzgeber?
6. Gibt es für Asylbewerber (gegebenenfalls gemeinsame) Angebote der Stadt und von Vereinen in den Bereichen Sport, Musik, etc.?

Bei allen Punkten wird um die Einschätzung des Ist-Standes sowie die Prognose gebeten, ob die städtischen Kapazitäten auch in den kommenden Jahren noch ausreichend vorhanden sind.

Beschluss Nr. 0187

Der Bericht des Magistrats (Dezernat II) vom 05.05.2015 wird zur Kenntnis genommen.

(antragsgemäß Ausschuss für Soziales und Gesundheit 01.07.2015 BP 0121)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2015
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2015
im Auftrag

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock